Nr. 54 1. Ausgabe

Mittwoch, 25. Februar 1920

Dresdner Neueste Nachrichten

Unabhängige Tageszeitung
mit Handels- und Industrie-Zeitung

Redaktion und Hauptgeschäftsstelle Ferdinandstraße 4
Fernsprecher: 13520, 13533, 13537, 17108. Postscheckkonto: Leipzig Nr. 2060. Telegr.-Adr.: Neueste Dresden

Anzeigenpreise
Grundzeile, 33 mm breit, M. 1.30, für das Ausland M. 2.—, Reklamezeile, 81 mm breit, M. 4.—, mit Platzvorschrift M. 4.50, für das Ausland M. 5.—. Bei Ziffern- oder Auskunft 10 v. H. Preiserhöhung. Auf alle Bruttopreise 10 v. H. Zuschlag. Beilagegebühr 30 Pf. Preisermäßigung laut Tarif. Für Einschaltung an bestimmten Tagen und Plätzen keine Gewähr.

Bezugspreise
Bei freier Zustellung durch Boten monatlich M. 2.75, vierteljährlich M. 8.25. Postbezug in Deutschland: Monatlich M. 2.75, vierteljährlich M. 8.25 ausschließlich Bestellgebühr. Postbezug im Ausland laut Eintragung in den Postlisten. Kreuzbandsendungen im Inlande wöchentlich M. 1.40, nach dem Auslande wöchentlich M. 2.—. Preis für die Einzelnummer 20 Pf.

England sucht Frieden mit Rußland

+ **Berlin, 24. Februar.** (Eig. Drahtbericht)

Für England ist die Politik nun einmal ein Rechenexempel. **Darum wird es auch Frieden mit den Bolschewisten suchen, nachdem jeder andre Weg, Rußland in die Hände zu bekommen, sich als ungangbar erwiesen hat.** Deutschland hat in verhängnisvoller Verkennung der wirtschaftlichen und politischen Zusammenhänge sich dazu mißbrauchen lassen, für die Briten Rußland zu zerschlagen. Aber Rußland ist und bleibt wegen seiner ungeheuren Größe immer noch ein gefährlicher Gegner, auch dann, wenn die Randstaaten abbröckeln. Englands Politik gegen Rußland ist wohl immer beweglich in den Mitteln, aber unbeweglich im Ziel gewesen. Britische Agenten haben die Umwälzung entschieden gefördert. Daß die Umwälzung nicht nur ein politisches System brechen würde, sondern auch die Wirtschaft und die Gesellschaft umstürzt, das haben die britischen Staatsmänner seinerzeit nicht mit in Rechnung gestellt. Solange Krieg gegen Deutschland geführt werden mußte, war eine Flurbereinigung der russischen Interessen für England unmöglich.

Nach dem Zusammenbruch der Mittelmächte sollte aber Osteuropa endlich befriedigt werden. Das hatten die Pariser Staatsmänner sich offenbar einfacher und leichter gedacht, als es in Wirklichkeit war. Gegen Sowjetrußland wurden die Heere Judenitschs, Koltschaks und Denikins angesetzt. Auch die Verhängung der Blockade gehörte zu den erprobten Mitteln, die trotz ihrer Rechtswidrigkeit angewendet werden, wo britische Interessen auf dem Spiele stehen. Weder Judenitsch, noch Koltschak erreichten Moskau. Auch Denikin, der seinen Vormarsch auf die Hochburg der Bolschewisten wiederholt ankündigte. Die Blockade ist eigentlich nur an den Schwarzen-Meer-Häfen und im fernen Osten wirksam gewesen.

Alles das sind geschichtliche Tatsachen, die gerade jetzt wieder in Erinnerung gehoben werden müssen, um zu zeigen, wie wandlungsfähig und auf den reinen Nutzen eingestellt die britische Politik ist. Das Zarenreich war einmal der gefährlichste Nebenbuhler Englands in Asien. Wäre der europäische Krieg nicht dazwischen gekommen, so wären die Reibungsflächen in Turan und Iran doch einmal in Brand geraten. Das Abkommen mit Persien war nur ein Notbehelf. Es hinderte aber nicht, daß Rußland in Turan weiter vordrang und schließlich auch die Mongolei umfaßt hielt. Das Zarentum ist vernichtet, aber sein Nachfolger, der Bolschewismus, entfaltet eine noch viel größere Ausdehnungskraft. Hemmungslos flutet er nach Mittelasien, um über Afghanistan den Weg nach Indien zu finden. Jetzt sieht England die Gefahr, die es nur durch eine Aenderung seiner Politik beschwören zu können glaubt.

In der englischen Presse hat der Feldzug für die Wiederaufnahme der Beziehungen zu Sowjetrußland eingesetzt. Das sieht so aus, als ob die englische Regierung durch die öffentliche Meinung gedrängt würde, während es tatsächlich wohl umgekehrt sein dürfte. Zu dem Pressefeldzug ist nun noch eine Unterstützung der bekannten Politiker und Militärs gekommen, die sich an Lloyd George mit einer Eingabe wendeten, und der „Daily Chronicle“, der Lloyd George nahesteht, ist sogar schon in der Lage, die Friedensbedingungen für Sowjetrußland zu veröffentlichen. Die Wendung der englischen Politik ist also greifbar und deutlich. Dagegen verharrt Frankreich in der Abneigung gegen Sowjetrußland. Es will keinen Frieden, weil es fürchtet, daß dieser Frieden auch zu einer Nachprüfung des Versailler Vertrages führen würde. Die französische Presse weist besonders darauf hin, daß die rote Armee nicht demobilisiert werde, obschon gerade Frankreich am wenigsten Ursache hat, sich hierüber aufzuhalten, da es selbst auch nicht sein Heer aufgelöst hat. Inzwischen hat der Bolschewismus weitere Erfolge in Sibirien und an der Murmanküste errungen.

Verhandlungen mit Rußland

× **Rotterdam, 23. Februar.** In einem Artikel über Rußland führt die „Morning Post“ aus, daß trotz aller Ableugnungen zwischen England und der Sowjetregierung über Friedensbedingungen in Kopenhagen verhandelt werde. Die größte Schwierigkeit bei den Verhandlungen sei gelöst, da die Bolschewisten das Versprechen der Demobilisierung der Roten Armee gegeben hätten unter der Bedingung, daß die Entente sich für die Unverletzlichkeit der Grenzen Sowjetrußlands verbürge. Dem Vernehmen nach habe Nitti sich den Verhandlungen angeschlossen, während die französische Regierung sich zurückhalte.

Wie der „Nieuwe Rotterd. Cour.“ aus London meldet, hat der ehemalige Leiter der britischen Mission in Nordwestrußland, General Gough, im Verein mit andern während der letzten beiden Jahre in amtlichen Stellen in Rußland tätig gewesenen Persönlichkeiten an den Premierminister ein Gesuch gerichtet, die Sowjetregierung anzuerkennen.

„Berlingske Tidende“ meldet aus Reval: In Reval trafen zwei bolschewistische Missionen ein, die eine hat die Aufgabe, die Durchführung des Friedensvertrages mit Estland zu überwachen. Die Ankunft der zweiten Mission steht mit der Aufhebung der Blockade gegen Rußland im Zusammenhange. Beide Missionen stehen mit Moskau in direkter drahtlicher Verbindung.

Friede in Aussicht

* **Hamburg, 24. Februar.** Dem „Hamburger Fremdenblatt“ wird aus Paris gemeldet: Die Londoner Beratung zwischen den Ministerpräsidenten Lloyd George, Millerand und Nitti wird sich in dieser Woche ausschließlich mit der Lösung der türkischen und russischen Frage befassen. Nach Londoner Berichten sind England, Japan und Italien entschlossen, den Frieden mit der russischen Regierung abzuschließen. Ob Frankreich in der Lage sein wird, diese Politik gegen Rußland mitzumachen, steht noch nicht fest. Der „Temps“ gibt sich jedenfalls nur Mühe, einen Vorwand aufzudecken, die Sowjetregierung nicht anzuerkennen, sondern zu versuchen, mit Rußland nur Handelsbeziehungen aufzunehmen. Es müsse aber angenommen werden, daß dieser Standpunkt Frankreichs nicht durchdringen wird und der Frieden mit der Bolschewistenregierung unmittelbar vor dem Abschluß stehe.

Die geänderte Politik der Bolschewisten

* **Amsterdam, 24. Februar.** Die „Times“ lassen sich aus Nowonikolajewsk einen interessanten Bericht über die jetzige Stellung der Offiziere der Roten Armee nach Aussagen von den Engländern gefangener Truppenführer mitteilen. Danach hat Trotzki seine Politik gegen die Offiziere stark geändert, indem er ihnen ihre früheren Vorrechte und autoritative Stellung wieder eingeräumt hat, hohe Gehälter zahlt und die Fürsorge für Offiziersfamilien übernommen hat. Auch soll die Erlaubnis zum Tragen der alten Uniform, allerdings ohne Rangabzeichen, erteilt sein.

Die Einnahme von Murman

× **London, 23. Februar.** Laut Lloyd-Meldung aus Vardö hat ein russischer Dampfer aus Murman die Meldung mitgebracht, daß die Bolschewisten sich der Stadt, des Hafens und der Schiffe bemächtigt haben.

Die Agitation gegen Wilson

London, 21. Februar. (Indirekt.) Die anglo-amerikanische Presse begleitet den „Zwischenfall Wilson“ — so nennt sie die aus der Adriafrage entstandene Differenz zwischen der Londoner Konferenz und dem Präsidenten der Vereinigten Staaten — mit einer Aufpeitschung der öffentlichen Meinung Amerikas gegen die „diktatorischen Anfälle des kranken Mannes“. Während man wochenlang über den Verlauf der Erkrankung Wilsons beharrlich schwieg und den englischen Zeitungen nahelegte, die Berichte über den Zustand des Präsidenten nicht zu veröffentlichen, rückt man jetzt rückhaltlos mit einer Fülle von Einzelheiten über die „bedenkliche geistige Verfassung Wilsons“ heraus und führt Gutachten auf, die besagen, daß der Präsident nicht mehr ganz zurechnungsfähig sei. Diese Mitteilungen verfehlen, nach der in Händen Northcliffes befindlichen „New York Times“, ihre Wirkung auf die Amerikaner nicht ...

Der Kampf mit Wilson um die Adria

* **Basel, 24. Februar.** Aus Paris wird gemeldet: Das „Journal“ und die „Tribune“ machen Mitteilungen aus dem Wortlaut der angeblich schon vorliegenden Antwort Wilsons an die Alliierten in der Adriafrage. Danach widersetze sich Wilson nach wie vor der Anwendung des Londoner Vertrages von 1915, lasse jedoch eine Tür zur Verhandlung offen. Der Wortlaut der Antwort Millerands und Lloyd Georges an Präsident Wilson ist jetzt in Washington veröffentlicht worden. Er stimmt im allgemeinen mit den bisherigen Angaben überein. Neu ist nur, daß Lloyd George und Millerand gemeinsam darauf aufmerksam gemacht haben, daß die Drohung, vom Versailler Vertrag und von der Militärkommission zurückzutreten, sie verletzen müsse. — Der „Corriere della Sera“ meldet, daß in oppositionellen Kreisen der Kammer Gerüchte umlaufen, daß Nitti keine Veranlassung habe, weiter den Anschein zu erwecken, er könne nicht mehr hoffen, auf der Konferenz eine für Italien günstige Lösung der Adriafrage zu erreichen. Dieses Gerücht spiele auch auf die Möglichkeit der Demission Nittis hin.

Unzufriedenheit auf dem Balkan

× **Prag, 23. Februar.** Dem Pressebureau Prag wird gemeldet: Der bulgarische Ministerpräsident Stambulinski hat der Verbandsvertretung erklärt, daß, wenn Griechenland Westthrazien erhalte, die bulgarische Regierung für die Folgen dieser Entscheidung den verbündeten Mächten nicht verantwortlich gemacht werden könne. Pressevertretern erklärte er, daß er niemals den Friedensvertrag unterschrieben hätte, wenn er gewußt hätte, daß Thrazien den Griechen ausgeliefert würde.

Zank um unsre Schiffe

Aus Paris wird gemeldet: Dem „Matin“ zufolge, wurde in London u. a. über die Verteilung der deutschen Schiffe beraten. Bei der vorläufigen Verteilung hat Frankreich 549 000 Tonnen bekommen, worunter sich aber wenig Handelsdampfer befinden. Das sind 50 Prozent der französischen Verluste. England findet aber, daß dies noch viel zu viel sei und verlangt, daß Frankreich von diesen Schiffen 200 000 Tonnen zurückgeben soll. Dagegen wird das Parlament und die Regierung protestieren. Der französische Botschafter in London benachrichtigte, wie das Blatt weiter meldet, die französische Regierung, daß England, falls Frankreich sich weigern sollte, das von Wilson und Lloyd George vereinbarte Verteilungssystem anzunehmen, einen Druck auf Frankreich ausüben könne. England könnte dann die monatlichen Lieferungen von 700 000 Tonnen Kohlen aufheben. Ferner könnte es in der ganzen Welt die Lieferung von Kohlen an französische Schiffe verweigern und weiter die Erlaubnis der monatlichen Beförderung von 500 000 Tonnen Lebensmittel auf englischen Schiffen zurückziehen. Endlich könnte es die Ablieferung der in England für Frankreichs Rechnung im Bau befindlichen Schiffe einhalten. Dies wären die etwaigen Folgen einer französischen Weigerung auf dem Gebiet der Schiffahrt. Die finanziellen Folgen sind nicht minder ernst. Die Forderung, 200 000 Tonnen zurückzugeben, ist aber, so sagt das Blatt weiter, für uns unannehmbar.

Politisierung der Arbeiterpartei?

Aus Washington wird gemeldet: Der Führer der Arbeiterpartei in Minneapolis, Mitchell, hat erklärt, daß die nationale Arbeiterpartei politisch werden müsse. Der Präsident der Arbeiterpartei, Gompers, rät von der Bildung einer politischen Arbeiterpartei als nachteilig ab, denn damit würde man nur dem Wunsche derjenigen entgegenkommen, die die Unterdrückung der Arbeiterklasse anstreben.

Die Furcht vor dem Sozialismus

Wie die englischen Blätter melden, wurde in dem Programm des amerikanisch-republikanischen Staatenkonvents für den Wahlkampf um die Präsidentschaft auch der Grundsatz aufgestellt, Amerika dürfe nicht durch die Arbeitsbestimmungen des Friedensvertrages in das vom internationalen Sozialismus ausgebreitete Netz gezogen werden.

Poincaré prahlt

Genf, 24. Februar. (Eigener Drahtbericht.) Nach einem Havas-Bericht sagte Poincaré bei Uebernahme des Vorsitzes der Wiedergutmachungskommission, er werde alle Kraft dafür einsetzen, daß der letzte Centime von den Deutschen bezahlt würde, auch dann, wenn die Abtragung den Zeitraum eines Jahrhunderts umfassen sollte.

Lord Cecil für Anpassung

Genf, 24. Februar. (Eigener Drahtbericht.) „Echo de Paris“ meldet aus London: Lord Robert Cecil hat eine Agitationsreise durch das Land angetreten, auf der er für eine Anpassung der Wiedergutmachungsbedingungen an die Leistungsfähigkeit der früheren Feinde sprechen will.

Ein wirtschaftlicher Druck auf Holland?

* **Rotterdam, 24. Februar.** Wie die „Daily Mail“ erfährt, fordern große englische Handelshäuser in Rundschreiben an ihre Kundschaft auf, die Handelsbeziehungen mit den Niederlanden so lange ruhen zu lassen, als Holland nicht zur Sicherung des Friedens Europas Maßnahmen für die Internierung und Unschädlichmachung des Deutschen Kaisers getroffen habe.

Kommissarische Vernehmung

* **Genf, 24. Februar.** Der „Temps“ meldet: Die erste Sitzung der Kommission für die Aburteilung der Deutschen, die unter Cambons Vorsitz am Freitag stattfand, hat einen Verzicht auf Aburteilung von Deutschen, die auf den Auslieferungslisten stehen, abgelehnt. Es wurde den einzelnen Staatsregierungen überlassen, Revisionen der Listen vorzunehmen. Die Kommission beschloß, die kommissarische Vernehmung der Belastungszeugen unverzüglich einzuleiten. Gegen die persönliche Vernehmung der Zeugen durch die deutschen Gerichtsbehörden sprachen sich Frankreich und Belgien aus. Die Kommission, die sich mit der Nachprüfung der Auslieferungsliste beschäftigt, hat ihre Sitzungen unterbrochen, da Lord Birkenhead nach London gereist ist.

Eine Geschäftsstelle des Anwaltvereins

ak. **Leipzig, 23. Februar.** Der Vorstand des Deutschen Anwaltvereins hat, im Einvernehmen mit der Anwaltskammer beim Reichsgericht, eine Geschäftsstelle eingerichtet, um die Verteidigung derjenigen Persönlichkeiten vorzubereiten und zu unterstützen, die gemäß der Forderung der Entente vor dem Reichsgericht zur Verantwortung gezogen werden. Allen Beschuldigten und ihren Verteidigern wird anheimgestellt, sich mit dem Deutschen Anwaltverein in Leipzig unverzüglich in Verbindung zu setzen. Die Bestellung eines Wahlverteidigers im einzelnen Falle bleibt jedem Beschuldigten vorbehalten. Kosten erwachsen den Beteiligten durch die Inanspruchnahme des Deutschen Anwaltvereins nicht.

Vorschlag einer Probe-Verurteilung

Laut „Courant“ berichtet der Pariser Korrespondent der „Times“, daß am Freitag von den Vertretern der Alliierten in Paris über die Frage der Kriegsverbrecher beschlossen wurde, daß England, Frankreich und Belgien zunächst die Aburteilung von je fünf unbestreitbaren „Verbrechern“ von Deutschland fordern würden. Das gesamte Beweismaterial werde den deutschen Gerichten vorgelegt werden, vor dem auch eine große Anzahl Zeugen aus den alliierten Ländern erscheinen soll. Sollte Deutschland bei dieser Probe auf seinen ehrlichen Willen versagen, so würden die Alliierten Zwangsmaßnahmen anwenden. Hierzu bemerkt Havas, daß dies nur ein Vorschlag ist, der noch durch die auf der Londoner Konferenz vertretenen Staaten gutgeheißen werden muß. Die Liste der Personen steht noch nicht fest.

Die Verteidigung des Generals v. Gallwitz

General der Infanterie a. D. v. Gallwitz, der frühere Armeeoberbefehlshaber, verwahrt sich gegen die Beschuldigungen, auf Grund deren er viermal auf der Auslieferungsliste steht. Er habe weder mit Deportationen, noch Verwüstungen, noch mit Diebstählen etwas zu tun gehabt. Die Einrichtung eines umzäunten Raumes für französische Gefangene in Montau-dy-le-Maut sei von höherer Stelle angeordnet worden als Repressalie für die schlechte Behandlung unsrer Kriegsgefangenen durch französische Kommandanten.

Französische Rechtsauffassung

Aus Mainz wird gemeldet: Drei merkwürdige Fälle von französischer Rechtsprechung werden hier bekannt. Ein Straßenbahnschaffner, der einen französischen Offizier während des Rangierens von dem Wagen verwiesen hatte, wurde wegen Mißachtung der französischen Autorität in erster Instanz zu acht Tagen Gefängnis verurteilt, in der Berufung dann sogar zu 14 Tagen. Ein andrer Straßenbahnschaffner, dem das gleiche mit einem französischen Polizeioffizier passierte, erhielt 1000 M. Geldstrafe und vier Wochen Gefängnis wegen Behinderung eines Offiziers im Dienste. Der dritte Fall behandelte die Beschädigung eines Straßenbahnwagens durch ein französisches Auto. Der Direktor der Straßenbahnverwaltung hatte Ersatzansprüche gestellt, worauf er wegen beabsichtigter Prellerei 1000 M. Geldstrafe erhielt. Bei der Berufung wurde merkwürdigerweise das Strafvergehen in Mißachtung der französischen Autorität umgewandelt und der Direktor freigesprochen, ihm aber die Verpflichtung auferlegt, die Reparaturkosten nicht mehr anzufordern.

Polnische Agitation

× **Beuthen, 23. Februar.** Die „Volksstimme“ in Gleiwitz bringt Briefe freigewerkschaftlich organisierter Arbeiter, die es beklagen, daß die Polen durch Agitation und Terror die Arbeiter zum Uebertritt in die polnischen Arbeiterverbände zu zwingen versuchen.

Polen-Politik

Die Propaganda in Holland

Von unserm ○-Mitarbeiter

Haag, 21. Februar

Vor drei Tagen erschien in einigen großen holländischen Tageszeitungen eine amtliche deutsche Mitteilung des Inhalts, daß sich die in den Niederlanden aufhaltenden Oberschlesier zur Abstimmung in ihre Heimat begeben möchten. Den oberschlesischen Deutschen wurden Fahrbegünstigungen in Aussicht gestellt. Diese in Form einer „Kundmachung“ publizierte Mitteilung wirkte auf die im Haag, in Rotterdam und in Amsterdam arbeitenden polnischen Werbestellen wie ein rotes Tuch. Obwohl sich die Angriffstätigkeit der polnischen Komitees auf die „oberschlesische Propaganda der deutschen Regierung in Holland“ seit mehreren Wochen klar feststellen läßt, so kam für diese Werbestellen, die ja mit starken materiellen Mitteln arbeiten, die deutsche Kundmachung etwas überraschend. Man glaubte im polnischen Lager nicht, daß man es wagen würde, auf holländischem Boden „deutsche Oberschlesier“ zu suchen. Nun ist es geschehen, und die polnische Propaganda legt mit der ihr eigenen Leidenschaftlichkeit hierzulande los.

Aus dem Haager Bureau der polnischen „Wirtschaftsstelle“ regnet es Flugzettel. Die Zeitungen, sofern sie nicht die bekannte franzosenfreundliche Tendenz tragen, schütteln das papierne Bombardement ab. Vergeblich bemühen sich die polnischen Werbeagenten, an denen zwei frühere Mitglieder hiesiger deutscher Amtsstellen und ein früherer österreichisch-ungarischer Militärdiplomat gehören, ihre temperamentvolle Prosa in die ruhig aussehenden holländischen Zeitungen einzuschmuggeln. Allerlei Kniffe und Listen verwenden sie. Bald treten sie in der Verkleidung eines Tschecho-Slowaken auf, um mit Hilfe dieser Maske darzulegen, daß Tschechien glücklich wäre, wenn Oberschlesien in polnischen Besitz käme, bald riskieren sie es, magyarische Nationalität vorzuspiegeln, und sie predigen dann als „Ungarn“ die Notwendigkeit, man müsse Oberschlesien der deutschen Gewalt entreißen. Es ist lustig, diesen polnischen [illegible] zu verfolgen. In holländischen Kreisen belächelt man den Betrieb, doch wird mit Bedauern angedeutet, daß sich die hier tätigen französischen und belgischen „Stellen“ herbeiließen, den polnisch-tschechisch-ungarischen Stimmungsmachern unter die Arme zu greifen. Die Engländer und die Amerikaner enthalten sich dieser „sympathischen Beweise“.

Bei der vergeblichen Bearbeitung der holländischen Presse bleibt es nicht. Es muß auch geredet, viel geredet werden. Wir erhalten also „Einladungen zu Aufklärungsvorträgen“. Ein netter Saal im Haag, Allerlei sonderbare „Publizisten“ und Komiteeleute, in denen der kundige Thebaner frühere deutsch-polnische Soldaten erkennt, die — nach ihrer Desertion — in Holland für Frankreich arbeiteten, die Schlepper für den Späherdienst im Rheingebiete machten. Auch Franzosen und Belgier, deren Dienste im neutralen Holland der Kriegszeit so trefflich waren, daß man sie jetzt noch weiterbeschäftigt. Vor einem hundertköpfigen Publikum wird die oberschlesische Frage im Handumdrehen gelöst. Mit Hilfe gut vorbereiteter Karten wird bewiesen, daß Oberschlesien polnisch werden müsse, anders werde die Gerechtigkeit mit Füßen getreten. Dazu ein vernichtendes Bild der deutschen Zustände. Die deutschen Kommunisten werden gründlich niedergemacht. Polen will von denen nichts wissen. Es denkt, fühlt und handelt „westlich, demokratisch ...“ (Stürmisches Händeklatschen) ... Die hiesigen Werbestellen unterhalten einen soliden Kontakt mit den Abstimmungsgebieten. Wöchentlich geht ein Kurier aus dem Haag dahin ab. „Wir werden den unsern melden“, so sagen diese, „daß Holland auf den Sieg Polens in Oberschlesien rechnet, daß es ihn von Herzen wünscht.“ Kein Wort ist davon wahr. Aber die polnischen Komitees wollen doch zeigen, daß sie auf die öffentliche Meinung in Holland zugunsten der „großen und gerechten Sache“ einwirken. Deshalb nimmt man ihnen die Tatsachenfälschung nicht übel ...

Eine Bankrotterklärung

Wenn man amtliche polnische Stimmen hört und liest, dann könnte man glauben, der neue Polenstaat sei das Paradies auf Erden, und ihm als Staatsbürger anzugehören, sei nicht allein eine hohe Ehre, sondern auch ein unvergleichliches Glück. So verbreiten sie es besonders in den östlichen Abstimmungsgebieten, um die dortige Bevölkerung zu bewegen, für Polen zu stimmen. Freilich, Reisende, die aus dem Freistaat Polen kommen und sich dort mit unbefangenen Augen umsahen, erzählen ganz andre, minderschöne Dinge von den dortigen Zuständen. Namentlich über die Teuerung, die weitaus ärger und verheerender ist als die deutsche, können sie nicht genug klagen. Sie scheint sogar vielfach noch die Preise zu übertreffen, die aus Deutsch-Oesterreich berichtet werden. Auch sonst sollen die polnischen Mißstände in jeder Hinsicht alles weit hinter sich lassen, worüber wir gegenwärtig in Deutschland mit Recht zu klagen haben.

Nun kann man derartigen, von ungenannten Reisenden verbreiteten Geschichten mit Recht sehr mißtrauisch gegenüberstehen und kräftige Abstriche davon machen, wenn man der Wahrheit nahekommen will. Aber es fehlt auch nicht an andern unverdächtigen und durchaus unanfechtbaren Mitteilungen, die jene Erzählungen völlig bestätigen und unbedingten Glauben verdienen. Das ist zweifellos der Fall, wenn ein Blatt von ausgesprochen polnisch nationalem Gepräge wie der Krakauer „Naprzod“ über die Verhältnisse in der Republik Polen Mitteilungen veröffentlicht. Einem solchen Zeugen wird man weder Befangenheit zuungunsten des Polenstaates noch Mangel an genauer Kenntnis der polnischen Verhältnisse vorwerfen dürfen. Der „Naprzod“ also beschäftigt sich anläßlich des Jahrestages der Gründung des wiedererstandenen Polens mit den ersten staatlichen Ergebnissen und zieht folgende für das polnische Selbstgefühl demütigende Bilanz:

„Der einzige lichte Punkt in unsern Verhältnissen ist die wie durch ein Wunder erstandene Armee. Polen hat bisher keine Verfassung, keine organisierte Verwaltung, kein geordnetes Finanzwesen. Das sind drei geistige Armutszeugnisse. Was Polen dagegen besitzt, ist ein moralisches Armutszeugnis: einen aus Analphabeten bestehenden Landtag, eine Regierung von Schwachköpfen und Dilettanten, einen weitverbreiteten Kettenhandel, ein ungeheuerlich

SLUB
Wir führen Wissen.
http://digital.slub-dresden.de/id490223001-1920022501/1